

Kein Geld da?

**Mindestsicherung: Kürzen bei den Schwachen!
Arbeit: Immer weniger Erwerbsarbeitsplätze zu immer schlechteren Bedingungen! Immer mehr Menschen werden arbeitslos gemacht!
Wohnen: Immer weniger, immer teurer! Bildung: Bald nur mehr für die Reichen leistbar!
Gesundheit: Immer mehr Kuvertmedizin statt Gesundheit für alle!**

Lohn- oder reale Gehaltserhöhung, günstige Sozialversicherung, billiger Wohnraum, Bildung und Gesundheit für alle, das und noch vieles mehr gehe angeblich nicht mehr, weil der Sozialstaat unfinanzierbar sei – so die Meinungsmacher von Industriellenvereinigung über Wirtschaftskammer bis zu ÖVP, Neos, Strache, Stronach, SPÖ-Spitzen & Co – den gesamten neoliberalen Eliten also.

Steuerschulden der Unternehmer

Also, wo ist das Geld? Wir wollen hier gar nicht einmal von den bereits offen zu Tage getretenen Geld-Umverteilungsmaschine Hypo-Alpe-Adria bzw. Heta reden (siehe an anderer Stelle), sondern was sich die Unternehmer durch Steuer- und Abgabeschuld bzw. durch Steuertricks zuschanzen. So türmten sich bis Ende 2013 an nicht von den Unternehmen bezahlten Steuern von 7,67 Mrd. € auf. Davon seien gar nur mehr 1,8 Mrd. € vollstreckbar, jährlich löscht die Finanz rund eine halbe Mrd € als uneinbringbar. (lt. Rechnungshof, Wiener Zeitung, 25.2.2016)

Zu den Steuerschulden der Unternehmer kommen nochmals rund eine Milliarde Euro, die sie den Gebietskrankenkassen schulden. Dabei handelt es sich bei einem Teil der Beträge auch noch direkt um von den Arbeitern und Angestellten einbehaltene Beiträge, die nicht abgeführt wurden. Auch davon werden jährlich einige hundert Millionen Euro als uneinbringlich abgeschrieben.

Milliarden teure Steuertricks – ein legaler „Betrug“

In Deutschland beispielsweise wurde bekannt, dass Banken Großaktionären durch sog. „Cum-Cum-Geschäfte“ rund 10 Mrd. € an Steuerzahlungen ersparten. „Ziel ist es, die Kapitalertragsteuer (KeSt) zu umgehen. ... Die Steuer wird vor der Auszahlung der (Netto)-Dividende (Aktien Gewinn) an die Aktionäre einbehalten und an den Fiskus abgeführt. Deutsche Banken können sich die bereits gezahlte Kapitalertragsteuer in der Regel zurückerstatten lassen, müssen am Jahresende aber ihre Gewinne versteuern. Ausländische

Aktionäre wie Investmentfonds oder Banken haben dagegen nur einen teilweisen Rückerstattungsanspruch“. ... An dieser Stelle setzt der Steuertrick an: „Vor dem Dividendenstichtag verleiht der ausländische Investor seine Aktien an eine deutsche Bank. Dafür verlangt er eine Leihgebühr. Das deutsche Institut streicht die Dividende ein und lässt sich anschließend die Kapitalertragsteuer erstatten. Dann gibt es die Aktien an den ausländischen Großanleger zurück und zahlt die Leihgebühr. Weil diese etwas niedriger als die Dividende ist, macht die Bank einen Gewinn. Der Investor wiederum spart sich die Steuer.“ (Der Standard, 3.6.16, siehe auch Kurier und Die Presse). Den kleinen Sparern wird im Gegensatz dazu die KeSt automatisch vom Ersparten abgezogen!

Staatliche Umverteilung

„Der Staat hat kein Geld“, so Finanzminister Schelling. Doch allein durch die vom Finanzkapital verursachte Krise mit Niedrigst- bis Nullzinsen und der damit de facto Geldentwertung der Arbeitseinkommen und Verteuerung des Lebens der Masse der Bevölkerung, hat sich der Staat von 2008 bis 2015 mehr als 6 Milliarden Euro an Zinszahlungen für die Staatsschulden erspart (Wirtschaftsblatt, 6.3.2016). Allein dadurch ist schon die mit Jahresbeginn 2016 wirksame Steuerreform gegenfinanziert. Dazu muss man unbedingt noch ergänzen, dass die „Staatsschulden“ nicht von der Masse der ÖsterreicherInnen verursacht wurden, weil sie angeblich „über ihre Verhältnisse gelebt“ hätten, wie Wirtschaft, Politik und Medien dauernd trommeln, sondern durch die „Bankenrettungen“, d.h. die Profitsicherung von Banken, Versicherungen, Anlageberaterfirmen, Konzerne usw. Jüngstes Beispiel: Während gerade die Mindestsicherung gekürzt wird, bekommen die Spekulationsgläubiger der AvW (Auer von Welsbach, der mittlerweile wieder auf freiem Fuß ist!) dank des kräftigen Einsatzes des Herrn „Sparmeisters“, Finanzminister Schelling, durch Änderung des Wertpapiergesetzes, die verspekulierten 148 Millionen Euro vom Staat, also wieder aus unseren Steuergeldern, überwiesen. Da hat man weder von der Regierung, noch von der „sozialen Heimatpartie“-FP-Opposition etwas gehört. Ach die Heimat der FP-Oberen ist das Kapital, zu dem sie zu allererst sozial sind.

Aber Unternehmer und Wirtschaftsverbände jammern weiter und wollen selbst den sie betreffenden Teil der Steuerreform-Gegenfinanzierung wieder rückgängig machen. Banken, Versicherungen und sonstige Geldspekulanten entschulden sich von der

durch sie selbst verursachten Finanzkrise via Staaten und EZB auf Kosten der Bevölkerung und schreiben gleichzeitig Gewinne.

Wer sind also die Sozialschmarotzer?

Die arbeitenden Menschen sicher nicht – schon gar nicht, wenn sie arbeitslos gemacht wurden und werden, weil die Unternehmer automatisieren oder gleich viel oder noch mehr Arbeit immer weniger Menschen zu immer weniger Entgelt (oft in schlecht oder gar nicht sozialversicherungsrechtlich abgesicherten prekären Arbeitsverhältnissen) aufzwingen? Der Masse der Bevölkerung wird die Steuer gleich vom Gehalt abgezogen und mit Hilfe

der bei jedem Kauf anfallenden Mehrwertsteuer nochmals der Verdienst gekürzt, während die Reichen, die Unternehmen und Konzerne oft gar keine Steuer zahlen und bei denen die Mehrwertsteuer bei ihrem hohen Einkommen kaum ins Gewicht fällt.

Ein **Superreicher** hat es selbst gesagt: „*Ich gehöre zum obersten einen Prozent – und zahle an Sozialversicherung, weil diese bei der Höchstbemessungsgrundlage gedeckelt ist, gerade einmal 1,2 Prozent. „Unternehmer brauchen keine Steuergeschenke“*“ (die Presse, 6.6.2016)!!!!

Dem ist eigentlich nichts mehr hinzuzufügen. Oder doch: Ein „Normalverdiener“ zahlt da 17 Prozent.

Spekulationsgewinne:

Hypo-Alpe-Adria / Heta



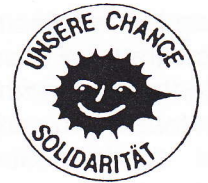
Die Schere zwischen Arm und Reich schließt sich immer mehr!

Irmgard Griss wurde durch den Hypo-Bericht als Präsidentschaftskandidatin Hofburg-fähig. Sie hat das Kapitel Hypo-Alpe-Adria (jetzt Heta) und den Untersuchungsausschuss mit dem Befund des „Multiorganversagens“ – sprich: alle sind Schuld – und keiner wird zur Verantwortung gezogen – schon lange vor Wahlantritt als für beendet erklärt. Damit machte sie, noch vom damaligen ÖVP-Vizekanzler-Finanzminister Spindelegger zur „Hypo-Prüferin“ geholt, den Spekulanten und ihren Helfershelfern in allen Parteien die Mauer. Dabei stellte sich – überschattet vom Bundespräsidentenwahlkampf – heraus, dass die Hypo-Alpe-Adria Gläubiger, also die Spekulanten, allein nominell 90% ihrer Forderungen bekommen – auf Kosten

der Steuerzahler, die das in Summe über 20 Milliarden Euro kosten dürfte.

Aber die „armen“ Investoren, die jetzt angeblich zähneknirschend diesem „Vergleich“ zugestimmt hätten, verlieren sie doch nominell 10%, haben in Wirklichkeit noch einen erheblichen realen Gewinn dabei. Wie schon das Unternehmerblatt „Die Presse“ im Frühjahr 2016 vorrechnete und zu berichten wusste, haben nämlich die meisten Gläubiger die Hypo-Forderungen schon abgeschrieben – was sich in den Bilanzen gewinnmindernd und somit durch weniger Steuerzahlung auswirkt – und bekommen jetzt 90% doch noch: also um jeden Preis staatlich garantierter Spekulationsgewinn.

Gewerkschafter/innen gegen Atomenergie und Krieg



KONTAKT: Stiftgasse 8, A-1070 Wien
E-mail: ggae@gmx.at Web: www.atomgegner.at

Nummer 2 / Juni 2016

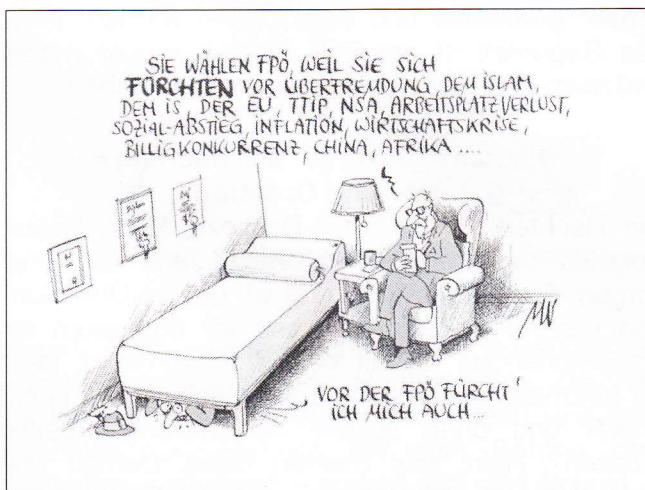
Liebe KollegInnen und Kollegen!

Die Bundespräsidentenwahl und die Folgen

Österreich nach der Wahl = vor der Wahl?

Dem Rechtsruck entgegenwirken!

Glaubt man der Medienberichterstattung, ist Österreich ein „gespaltenes Land“. Laut „Krone“ müsse man nun auf die „Hofer-Wähler“ zugehen. Und die anderen? Die Van der Bellen-Wähler, die Nichtwähler? Was ist mit denen? Von allen Wahlberechtigten haben jeweils rund 36% Hofer, 36% Van der Bellen und 28% Nichtwähler keinen von beiden gewählt. **Das heißt, 64% der ÖsterreicherInnen haben nicht für die FP gestimmt** und selbst alle Kommentatoren mussten zugestehen, dass ein erheblicher Teil vor allem aus Protest gegen die etablierte Politik gestimmt hat. (Darüber hinaus sind rund 600.000 Menschen nicht wahlberechtigt, arbeiten und zahlen in Österreich aber Steuern und Abgaben).



Quelle: Kurier

Ist Österreich ein Land voller Rechts-Wähler?

Nein! Rechts ist das politische und wirtschaftliche Establishment, Rechts ist nicht nur die FP-Führung, sondern auch die Spitzen von Schwarz und Rot machen rechte Politik. Rechts sind die Neo(s)liberalen, die Mateschitz's & Co., die FP-Anbiederung von Landeshauptleuten, bis hin zu Partei- und Gewerkschaftsspitzen.

Bis heute erzählt man uns: Wenn du wählst, kannst du etwas entscheiden. In den 1950er und 60er Jahren lag die Wahlbeteiligung noch bei 80 bis 90% und mehr. Bis heute ist die Wahlbeteiligung oft auf 70 bis 60%, in Wien sogar darunter, gesunken. Kein Wunder!

Egal, was wir wählen,

wir sind die Angeschmierten und können uns „bestenfalls“ „grün“, „blau“, „rot“, „schwarz“, „pink“, „orange“ oder sonst was ärgern, wenn jeweils nach der Wahl nur gemacht wird, was den Herrschenden (Eliten, Kapitalisten, Establishment wie immer man das benennen möchte) nützt – wobei die jeweils in „Opposition“ befindlichen Parteien oft schon im Parlament oder Wirtschaft Teil der Eliten sind. Sie alle da oben sind die Dauernutznießer, wechseln sich nur an den Futtertrögen der verschiedenen Gemeinde-, Landes- und Bundesvertretungen, bzw. Wirtschafts- und Industrieverbänden ab – gegen uns da unten!

Nach jeder Wahl werden nicht die Karten an uns, sondern nur die Plätze an den Futtertrögen wieder neu verteilt – wir sollen nur die A...-Karte ziehen – da sind sie sich alle „Vertreter“ (wir sind die „Vertretenen“ - wie bezeichnend!) – bei allen Streitereien einig.

Die A...-Karte

Wir sollen bloß weiter brav und arbeitsam sein, kuschen und hackeln, vielleicht noch motzen, dann aber schlucken, wütend sein und immer den wählen, der gerade nicht am Futtertrog ist. Das ist die Vorstellung von „Demokratie“, vom „Wechselspiel von Regierung und Opposition“, wie sich das die Herrschenden wünschen – Hauptsache für sie bleibt das Profitmachen garantiert. Beim „Streit“ zwischen den Oberen geht es nur darum, ob beim Profitmachen der Kapitalisten welcher der roten, blauen, schwarzen, grünen etc. Günstlinge will-

fähig ist und dies der arbeitenden Bevölkerung als Demokratie, Fortschritt etc. verkaufen darf. Wir sollen glauben und zitternd hoffen, dass bei dieser Profitabsicherung (die natürlich nicht so genannt wird, sondern „Standortsicherung“ usw.) ein paar Brosamen für uns abfallen, Ja, in welcher Form? Von z.B. besser bezahlter Arbeit? Schmecks. Nein, bestenfalls bei Lohneinbußen und erhöhten Arbeitsdruck doch noch einen Job haben zu dürfen. Dazu werden Mindestsicherungsbezieher, Arbeitslose, Asylwerber Moslems oder generell „Ausländer“, usw. als „unsere“ Gegner und Feinde im Kampf um den Arbeitsplatz aufgebaut, damit man die wirklichen Nutznießer – die Reichen und Superreichen, die Konzernprofiteure, die Rüstungskonzerne, die Krisen- und Kriegsmacher, die Krisen- und Kriegsgewinnler – nicht sieht.

Wahlanfechtung

Nicht weil man die Bundespräsidentenwahl um 30.000 Stimmen verloren habe, sondern aus „demokratiepolitischer Verantwortung“ heraus, so F-Chef Strache, hätte man die Wahl angefochten. Nun, was da mit den Briefwahlkarten aütrat, gab es leider schon früher, auch bei anderen Wahlen. Da hatte die F nichts dagegen, weil sie ja immer zulegte. Auch nach dem 1. Wahlgang der Bundespräsidentenwahl, als Hofer vorne lag, gab es keine Überlegung zur Anfechtung. Jetzt aber schon?



So stellte sich schon in den ersten Ergebnissen der öffentlichen Anhörung durch den Verfassungsgerichtshof (VfGH) heraus (unser Redaktionsschluss war am 21.6.2016 vor Ende der Anhörung), dass alle Wahlbeisitzer in den beanstandeten Wahlbezirken, auch die Blauen, alles als „ordnungsgemäß“ beurkundeten. Jetzt aber sind genau diese blau-(äugig)en Wahlbeisitzer die „Zeugen der Unregelmäßigkeiten“ für die Wahlanfechtung.

Ganz klar, wir sind für ordnungsgemäße, korrekte Wahlabläufe, aber was hier betrieben wird, soll den Eindruck erwecken, dass bewusste Wahlfälschung, Wahlbetrug usw. systematisch geschehen sei. Das soll die FP als „die Guten“, die „Demokraten“, alle

anderen – auch die in Summe 64% Nicht-Hofer-Wähler – als „die Bösen“, die „Undemokraten“ hinstellen oder diese zumindest zum Schweigen bringen.

Hoffnungen in Hofer und Strache?

Wenn sich jetzt die Rechten in der EU, die Strache gerade zusammentrommelt(e), auf „direkte Demokratie“, auf „Volksabstimmungen“ trimmen und so tun, als würden die Rechten die „wahren Demokraten“ sein, dann können sie das nur, weil die Menschen weder bei Wahlen (siehe oben) noch im Arbeitsleben nichts von echter Mitbestimmung geschweige denn von Selbstbestimmung erleben. Weil den Menschen jahrzehntelang durch die Praxis der Wirtschafts- und Politeliten – zu denen auch die FP gehört – vorgelebt wurde, dass man gegen „die da oben“ eh nichts ausrichten kann, sollen im Interesse der Eliten, denen auch die FP dient, allorts „starke Männer und Frauen“ für „direkte Demokratie“ sorgen? Zuerst entmündigen, dann den Retter spielen. So stellen sie sich das vor. Bei der EU-„Volksabstimmung“ 1994 haben ja auch Haider, Strache und Konsorten gelernt, wie man bei Gleichschaltung der Medien ein den Etablierten genehmes Ergebnis bekommt. Daher weht der Wind der sich „volksnah“ gebenden FP-Etablierten (schließlich ist Hofer ja schon jetzt als einer der Nationalratspräsidenten etabliert, „zweiter Mann“ im Staat). Und als Rechnungshof-Präsidenten-Kandidatin hatte die „soziale Heimatpartei“ F, die Generalsekretärin des neoliberalen Hayek-Instituts, Barbara Kolm, nominiert. Sehr „sozial“!

Das geht hinein, weil auch die anderen Etablierten so tun, als würde im Parlament „nur für die Menschen“ gearbeitet und entschieden werden. Doch das Gegenteil ist der Fall, wie wir immer wieder und auch in diesem Artikel beschrieben haben.

„Demokratiebegriff“ der Rechten = „Recht und Ordnung“

Die Rechten, FP-Strache, Doskozil, Kurz, Niessl, Sobotka usw. wollen für „Recht und Ordnung“ sorgen. Soll das heißen, dass wir unsere Überstunden bezahlt bekommen, dass wir überhaupt ein entsprechendes Gehalt bezahlt bekommen, dass wir überhaupt einen Job haben, dass wir nicht bloß prekär und ohne soziale Absicherung arbeiten müssen? Nein, das meinen diese Damen und Herren auf der Wirtschafts- und Politbühne nicht. Sie meinen Recht und Ordnung für die Reichen und Superreichen. Wir sollen gegen den Nachbarn gehetzt werden, der ein paar Euro mehr hat, der unverschuldet arbeitslos ist (was nicht schwere ist bei 50.000 offenen Stellen und 500.000 Arbeitslosen), aber als „Tachinierer“ hingestellt wird. Politiker und Wirtschaftsbosse kürzen mit einem Federstrich Sozialleistungen, die in Summe vielleicht ein paar 100 Millionen Euro ausmachen,